

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
69. Plenarsitzung, Dienstag, 11. Dezember 2018

Landeshaushaltsgesetz 2019/2020
„Unser Rheinland-Pfalz-Plan: Investieren. Entlasten. Zukunft schaffen.“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

11.12.2018

Gliederung

- I. Einleitung
- II. Unsere Strategie
 - 1. Investieren
 - 1. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt & Land
 - 2. Wirtschaft/Verkehr/Innovation/ Tourismus/Kultur
 - 3. Bildung
 - 4. Familie & Soziales
 - 5. Nachhaltigkeit, Klima und Umwelt
 - 6. Rechtsstaat & Sicherheit
 - 7. Ehrenamt
 - 2. Entlasten
 - 1. Straßenausbaubeiträge
 - 2. Modell zur Grunderwerbsteuer
 - 3. Entschulden
 - 1. Schuldenabbau
 - 2. Abbau von Bürokratie
 - 3. Haushaltswahrheit
 - 4. Mehr Tempo beim Schuldenabbau
- III. Schluss

I. Einleitung

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,
sehr geehrte Frau Ministerin Ahnen, liebe Gäste auf der Tribüne,
liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute geht es nicht in erster Linie um **Zahlen. Heute geht es um die Bürgerinnen und Bürger.** Es geht um Familien, um Arbeitsplätze, um Sicherheit, um Dörfer und Städte, **es geht um unsere Heimat.** Denn es sind zu allererst die Menschen in unserem Land, die Rheinland-Pfalz liebens- und lebenswert machen. Vom Westerwald bis in die Südpfalz, von der Eifel über den Hunsrück bis nach Mainz:

– **Chancen im ganzen Land** –

dafür steht die **Haushaltsstrategie** der CDU-Fraktion!

Unser Plan für Rheinland-Pfalz:

- **Wir investieren, wir tilgen, wir entlasten.**
- Wir halten **solide** die Finanzen beisammen.
- **Wir gestalten Zukunft statt die Vergangenheit zu verwalten**

Anrede,

alles, was auf der Welt, in Europa passiert, und da gibt es – wie wir alle wissen – große Herausforderungen, schlägt bis zu uns nach Rheinland-Pfalz, bis ins kleinste Dorf, durch.

Unsere Aufgabe als Abgeordnete ist es,

- **Demokratie und Rechtsstaat** zu sichern,
- eine **faire Gesellschaft**, die Chancen eröffnet, zu gestalten
- für **Zusammenhalt** zu sorgen,
- **Vertrauen** zu gewährleisten und an der einen oder anderen Stelle zurückzugewinnen.

Die CDU-Fraktion legt heute Eckpfeiler vor, die einen guten Weg dahin weisen. Wir haben **klare Standpunkte und Prioritäten** für alle wichtigen Handlungsfelder entwickelt. Wir machen Vorschläge für **bestmögliche Rahmenbedingungen**.

Wir setzen darauf, **diejenigen Bereiche und Aufgaben zu stärken**, die für die Zukunft von Rheinland-Pfalz, für eine **gute Zukunft** seiner Bürgerinnen und Bürger, von besonderer Bedeutung sind. Wir legen dem Parlament heute mit **über 140 Deckblättern und mehr als 35 Begleitanträgen** eine grundlegende Alternative vor, um die Zukunft unseres Landes zu gestalten.

II. Unser Rheinland-Pfalz-Plan: Investieren. Entlasten. Entschulden.

Anrede,

unser Rheinland-Pfalz-Plan für den Doppelhaushalt 2019/2020 beruht auf 3 Säulen:

- **Investieren**
- **Entlasten**
- **Entschulden**

1. Investieren

Es geht uns nicht darum, irgendwo ein bisschen mehr zu fordern oder auf der anderen Seite ein bisschen einzusparen, weil das eben der Auftrag der Opposition ist.

Meine Damen und Herren,

vor sechs Wochen habe ich den Landeshaushalt mit einem **Bauplan** verglichen. Ein Bauplan für unser Haus Rheinland-Pfalz und damit ein Bauplan für die Heimat. Lassen Sie mich dieses Bild aufgreifen. Die CDU-Fraktion ist überzeugt: Investitionen in das Haus Rheinland-Pfalz müssen ab sofort oberste Priorität haben.

Wir wollen ein Rheinland-Pfalz,

- **wo Brücken nicht bröckeln**
- **wo Schwimmbäder nicht geschlossen,**
- **wo Uni-Bibliotheken nicht gesperrt werden**
- **und wo nicht an der Freiwilligen Feuerwehr gespart wird.**

Viel zu lange haben SPD-geführte Landesregierungen gewartet, verzögert, vertagt. Viel zu lange ist der **Wertverlust unserer Infrastruktur** in Kauf genommen worden – trotz ausdrücklicher Mahnungen des Landesrechnungshofes.

Herr Minister Wissing,

Sie verantworten eine **der niedrigsten Investitionsquoten im Vergleich der Bundesländer!** (Investitionsquote: vorletzter Platz der Flächenländer / Investitionsbereitschaft Platz 14) Das geht auf Kosten unseres Wirtschaftsstandortes, von Innovation und von Bildungschancen.

Anrede,

die Ampel wollte im vergangenen Jahr ihre Investitionen von **5,4 auf 6,7 Prozent steigern. Großes Glockengeläut.** Und dann? Schauen wir in den Jahresabschluss für 2017 und auf eine interessante Diskrepanz: Die Landesregierung bleibt mit **5,2 Prozentpunkten** weit unter ihrer ohnehin schon bescheidenen Ankündigung. Ja, **sie unterbietet** sogar noch die Quote von 2016.

Anrede,

sie merken, es ist durchaus Skepsis angebracht – wenn jetzt von 6,6 und 7,0 % Investitionsquote für die beiden nächsten Haushaltsjahre die Rede ist.

Für die CDU-Fraktion zählt für die Zukunft vor allem eines: Schluss mit der Investitionsblockade, Vorfahrt für Investitionen! Mit dem Investitionsprogramm, das wir heute für die kommenden Jahre vorschlagen, schließen wir endlich zum Durchschnitt der Bundesländer auf. Unser Programm umfasst ein Plus von **211 Mio. EUR** in 2019 und **244 Mio. EUR** in 2020. Wir schaffen damit eine **Steigerung** der Investitionsquote **um mehr als 50%**.

1. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt & Land

Anrede,

die CDU steht wie keine andere Partei für **eine verlässliche Heimatpolitik**. Für den Ausgleich zwischen unseren Regionen. Für die gegenseitige Ergänzung von Stadt und Land. **Denn Unterschiede dürfen nicht zu Nachteilen werden!**

Während die Städte wachsen – der Wohnraum dort knapper und teurer wird, kämpfen viele ländliche Regionen um Anschluss. Hierauf hat die Landesregierung keine Antwort.

Anrede,

wir hören und lesen immer viel darüber, wie gern die Ministerpräsidentin, wie die einzelnen Minister dieser Landesregierung den Menschen zuhören. Aber irgendwie scheint das bei Ihnen auf dem einen Ohr rein – und aus dem anderen wieder rauszugehen.

Der einzige strukturpolitische Impuls für den ländlichen Raum, der Ihnen in den letzten Jahren kam, war das Programm zur Schließung kleiner Grundschulen.

Bildungshäuser

Anrede,

genau das **Gegenteil** wäre richtig. **Statt zu überlegen, wie man in kleinen Dörfern Bildungsreinrichtungen schließt, müssen wir alles daransetzen, die kleinen Grundschulen in unseren Dörfern zu halten.** Unser Rheinland-Pfalz-Plan sieht vor:

Bevor Schulen und Kindertagesstätten geschlossen werden, fassen wir sie gemeinsam unter einem Dach zusammen. Das ist ein Weg, um Bildung und Betreuung im Dorf zu lassen und damit Zukunft zu sichern.

Wallmeroder Modell: „Leben im Dorf“

Wir stärken unsere Dorfkerne – und orientieren uns hier an einem sehr erfolgreichen Vorzeigeprojekt, **dem Wallmeroder Modell „Leben im Dorf“**.

1.000 EUR erhält jeder, der im Dorfkern saniert oder neu baut.

1.000 EUR über einen Zeitraum von acht Jahren.

Das setzt den richtigen Anreiz, gerade für junge Familien, die in ihrer Heimat bleiben wollen oder gerade deshalb vielleicht neu zuziehen. Der Erfolg in Wallmerod bestätigt dies: **77% aller bewilligten Anträge gehen an junge Familien!**

Wir wollen, dass dieses Modell im ganzen Land Schule macht. Dafür stellen wir 60 Mio. EUR in den beiden nächsten Jahren bereit.

Ärztliche Versorgung

Ein weiteres wichtiges Zukunftsthema auf dem Land: **Neue Wege gehen wir bei der ärztlichen Versorgung**. Ein wichtiger Bestandteil unseres Rheinland-Pfalz-Plans sind eine Landarztquote und ein dazu passendes **Stipendienmodell**. Damit bringen wir mehr Ärzte auf's Land. Und wir investieren fast 100 Mio. EUR in die Gesundheitsinfrastruktur von Rheinland-Pfalz.

Mobilität

Rheinland-Pfalz muss zielgerichteter in moderne Verkehrssysteme investieren. Wenn große Busse auf dem Land mit zwei Fahrgästen durch die Gegend kurven, ist das weder wirtschaftlich noch klimafreundlich. Das Land braucht neue **bedarfsgerechte, passgenaue Mobilitätslösungen**: Carsharing, mehr Bürgerbusse, mehr Konzepte für autonomes Fahren, um nur einige Stichworte zu nennen.

Im Februar (2018) haben wir dazu einen Antrag in den Landtag eingebracht. Er wurde mit breiter Mehrheit verabschiedet – mit klaren Aufträgen an die Landesregierung. **Ergebnisse: Fehlanzeige.**

Für uns ist moderne, vernetzende Verkehrspolitik ein weiterer, wichtiger Zukunftsbaustein unseres Rheinland-Pfalz-Plans. Wir stellen in den Doppelhaushalt **10 Mio. EUR für innovative Verkehrsprojekte** ein und fordern die Landesregierung auf:

- Bringen Sie endlich ein neues Nahverkehrsgesetz auf den Weg.
- Unterstützen Sie die Städte beim Thema Luftreinhaltung.
- Führen Sie ein Landesprogramm zur Busförderung ein.

Breitband & Mobilfunk

Anrede,

bei der Breitbandversorgung, dem Ausbau des schnellen Internets mit mind. 50 Mbit/s liegt RLP auf dem vorletzten Platz aller westlichen Bundesländer.

Frau Ministerpräsidentin,

fragen Sie mal die Menschen in Neuerburg, in Rockenhausen, in Cochem, in Bitburg. Fast nirgends ist es schlechter um die Mobilfunkversorgung bestellt. Wie unzufrieden hier Smartphone-Nutzer sind, hat eine vor kurzem veröffentlichte Studie¹ ergeben. Es ging darum, die Orte in Deutschland herauszufinden, wo es die meisten Funklöcher gibt.

¹ P3 Communications, im Auftrag der Bild-Zeitung, 08.11.2018, <https://www.bild.de/bild-plus/geld/wirtschaft/wirtschaft/ist-ihr-wohnort-auch-dabei-die-groessten-funkloecher-deutschlands-58315496,la=de.bild.html>

Anrede,

greifen Sie mal im pfälzischen **Merzweiler** nach dem Handy. Hier müssen die Einwohner auf den nächsten Hügel laufen oder auf den Friedhof gehen, wenn sie Empfang haben wollen.

Die Landesregierung muss endlich begreifen,

- schlechter Mobilfunkempfang verhindert Investitionen,
- mindert die Lebensqualität,
- schadet der Wirtschaft

Was schlechter Mobilfunkempfang bedeutet, zeigt ein Beispiel auf einem Hof im Kuseler Land: Dort werden 70 Kühe mit einem modernen Melkroboter gemolken. Die Ergebnisse werden eigentlich per Mobilfunk weitergegeben – das funktioniert nicht. Die Hofbesitzerin musste sich also eine Telefonleitung in ihren Stall legen lassen. Medien bescheinigen:

„Rheinland-Pfalz ist das Land der Funklöcher!“²

In bestimmten Regionen ist es schwieriger, ein Handygespräch zu führen als in manchen Entwicklungsländern! **Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt!** um die großen LTE-Lücken zu schließen, sieht unser Rheinland-Pfalz-Plan vor, **Mobilfunk-Masten in Kooperation mit den Mobilfunk-Unternehmen** zu errichten. **20 Mio. EUR stellen wir für diese schnelle Maßnahme bereit.**

² Beispiele und Zitat aus folgendem Beitrag:
<https://swrmediathek.de/player.htm?show=c1ef25d0-f99c-11e8-9a07-005056a12b4c>

2. Wirtschaft, Infrastruktur, Wissenschaft & Innovation, Tourismus, Kultur

Anrede,

ich möchte mich bedanken: Bei der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, bei unseren Unternehmerinnen und Unternehmern, unseren Mittelständlern, den Handwerksbetrieben, den vielen Hidden Champions und unseren großen Global Playern – sie alle leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Bundeslandes.

Die Landesregierung verlässt sich dagegen auf die gute konjunkturelle Entwicklung der vergangenen Jahre. **Das reicht nicht!** Es gibt Warnsignale:

- Beim **Bruttoinlandsprodukt** je Erwerbstätigen liegt RLP auf Platz 7.
- Bei der **Investitionsbereitschaft** auf dem letzten Platz der westdeutschen Flächenländer.
- Beim Abruf bereitstehender Bundesmittel für **technische Innovationen** – Platz 11.
- In allen **Innovations-Rankings** bleibt Rheinland-Pfalz hinter Bayern, Hessen und Baden-Württemberg.

Umso wichtiger ist ein Umfeld, das die Gründung und Ansiedlung von neuen Unternehmen fördert.

Gründerstipendium

Deshalb schlägt meine Fraktion die Einführung eines **Gründerstipendiums** vor. Hier ist uns Nordrhein-Westfalen Vorbild. Gründerinnen und Gründer erhalten eine zeitlich befristete Förderung, z. B. 1.000 EUR im Monat. Das hilft und erhöht Erfolgchancen, denn ohne Startkapital ist eine gute Idee nicht zu verwirklichen. Wir stellen in den beiden kommenden Jahren für das **Gründerstipendium 7,2 Mio. EUR** zur Verfügung.

Innovation

Gründergeist setzt **innovative und kreative Köpfe** voraus. Welch´ ein falsches Signal, dass die Landesregierung ausgerechnet die Mittel für die Stipendienstiftung begabter Studenten und junger Wissenschaftler in den letzten Jahre kürzte! Wir geben hier wieder Geld rein. Wir wollen den Austausch zwischen Hochschule und Wirtschaft intensivieren.

Deshalb legen wir ein **Stellenprogramm für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften** auf. Damit Wissenschaft, Kreativität und Unternehmergeist besser zusammenfinden können. Innovation bedeutet auch, offen zu sein für neue Ideen. Stichwort „Künstliche Intelligenz“. Innovationen im Bereich der Künstlichen Intelligenz sollten zu einem „Mehr“ an Dienstleistung führen, zum Nutzen von Bürgerinnen und Bürgern. Denn Forschung an der „Künstlichen Intelligenz“ ist kein Selbstzweck.

Smart Cities

Eine wichtige Rolle können hier sog. „Smart Cities“ übernehmen. Dieser sind der Einstieg in „Smart Regions“ und „Smart Rural Areas“. Aber was bedeutet das konkret?

Man kann Smart Cities als „vernetzte und kluge Städte“ verstehen. Im Kern geht es darum, digitale Technologien zu entwickeln und diese auf kommunaler Ebene so zu nutzen, dass sich die Lebensqualität der Bürger verbessert:

- Ampeln, die sich dynamisch auf den Verkehr einstellen,
- Straßenlaternen, die auf die Frequenz der Passanten reagieren,
- Ein stadtverträgliches Lkw-Routing, bei dem die Erreichbarkeit von Gewerbe- und Industriebetrieben so optimiert wird, dass die Bevölkerung vor Lärm und Schadstoffen geschützt wird.

Dies ist moderne Umweltpolitik, die nicht auf Verbote und Symbole setzt. Um aus der Pilotphase in die Umsetzung zu kommen, brauchen Smart Cities intensive, wissenschaftliche Begleitung.

Die TU Kaiserslautern ist heute schon hervorragend aufgestellt. Wir wollen hier anknüpfen. Ergänzend bringen wir eine neue, interdisziplinäre Professur auf den Weg, die u.a. Informatik, Sensorik und Raumordnung verbindet.

Verkehrsinfrastruktur

Anrede,

- Seit 2003 – kein Lückenschluss der A1,
- Kein Ausbau der A 643 bei Mainz,
- Kein Bau der zweiten Rheinbrücke bei Wörth.

Zu oft haben die Menschen auf die Ankündigungen aus dem Infrastrukturministerium vertraut und wurden doch bitter enttäuscht. In den vergangenen Jahren ist schlichtweg zu wenig in den Erhalt und Neubau des rheinland-pfälzischen Straßennetzes investiert worden.

Mehr als die Hälfte des gesamten Straßennetzes in Rheinland-Pfalz ist in einem problematischen bis sehr schlechten Zustand. Der Investitionsbedarf im Bereich der schlechten und sehr schlechten Streckenabschnitte ist auf ca. **1 Milliarde EUR** angestiegen.³

³ Quelle: Bericht zum Zustand des Landesstraßennetze, Landesrechnungshof, 2015

Der Abbau des bereits bestehenden Investitionsstaus beginnt erst ab einer Summe von **89 Mio. EUR + X** im Bereich der Landesstraßen.

Und die Kosten im Straßenbau steigen kontinuierlich weiter.

Unter Berücksichtigung der Kostensteigerungsraten im Straßenbau in Rheinland-Pfalz liegt die für den Abbau des Investitionsstaus erforderliche Summe im Jahr 2019 bei 102 Milliarden EUR und im Jahr 2020 bei 106 Milliarden EUR

Dem gegenüber stehen die Ansätze der Landesregierung:

- ❖ im Jahr 2019 nur 91,7 Mio. EUR
- ❖ im Jahr 2020 sind es 92,2 Mio. EUR.

Anrede,

ja, die Landesregierung stockt jetzt den Verkehrsetat mit diesem Haushalt auf. Das liest sich erstmal gut, doch es reicht bei weitem nicht. Denn die 124 Mio. EUR für 2019 gleichen bei weitem die **Kostensteigerungen im Straßenbau nicht aus**. Bedeutet unterm Strich: Der Investitionsstau **wird überhaupt nicht abgebaut**.

Hier steuert die CDU-Fraktion um:

- Wir geben **fast 40 %** mehr in den Straßenbau als die Landesregierung.
- Wir fangen die **Kostensteigerung** auf.
- Wir beginnen damit, den **Investitionsstau** abzubauen.

Tourismus

Anrede,

auf dem Tourismustag in Koblenz, vor einem Monat, hielt Minister Wissing ein Grußwort. Er verglich Rheinland-Pfalz mit anderen Bundesländern und dabei fielen bemerkenswerte Worte:

... die Anforderungen und Vorrausetzungen (in Rheinland-Pfalz) seien anders und das führe dazu, dass andere Bundesländer etwas besser von dem Tourismusboom profitierten. So sei Berlin etwa hip und in.

Herr Minister Wissing,

dann tun Sie doch etwas dafür, dass **Rheinland-Pfalz auch hip und in wird**.

Es ist nicht ihr Job, unser Bundesland **schlecht zu reden!** Ihr Job ist es, das **Beste aus unserem Land** zu machen,

- aus dem Rhein-und Moseltal,
- dem Kaiserdom in Speyer, der Porta Nigra in Trier,
- den Wanderwegen durch Wälder, Wiesen und Weiden,
- den herrlichen Kultur- und Weinlandschaften.

Wir haben großartige Potentiale, das hat die Tourismus-Enquete herausgearbeitet. Aber wir ziehen nicht genügend Touristen an.

Herr Minister Wissing,

ja, die Voraussetzungen in Rheinland-Pfalz sind tatsächlich anders. In anderen Bundesländern steigen die Gäste- und Übernachtungszahlen, während Rheinland-Pfalz **Schlusslicht mit der niedrigsten Wachstumsquote bleibt. Sie müssten viel mehr tun als andere Bundesländer!**

Das kleine Saarland nimmt **sechs Millionen** eigene Haushaltsmittel für die Tourismusförderung in die Hand – das viermal größere Rheinland-Pfalz gerade mal acht Millionen. Wir können uns natürlich nicht mit Bayern vergleichen – aber da sind es 100 Millionen Euro.

Herr Minister Wissing, mein Rat:

Legen Sie etwas mehr **Liebe und Leidenschaft für unser Bundesland** an den Tag! Die neue Tourismusstrategie ist der richtige Weg, aber was hilft die beste Strategie, wenn das Geld dafür fehlt? Die CDU-Fraktion will den Tourismus in Rheinland-Pfalz besser unterstützen.

Wir stellen **zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 10 Mio. EUR bereit**, für ein landesweites, vernetztes Förderprogramm auf Basis der neuen Tourismusstrategie 2025. Damit mehr Gäste künftig erleben können, wie schön es bei uns in Rheinland-Pfalz ist und gerne wiederkommen.

Kultur

Ich habe eben den Speyrer Dom und die Porta Nigra erwähnt. Rheinland-Pfalz hat noch viel mehr herausragende Kulturdenkmäler zu bieten: Wir sind das Land der drei Kaiserdome Mainz, Worms, Speyer. Wir sind das Land mit einem reichhaltigen römischen Erbe. Moguntiacum und Augusta Treverorum waren seinerzeit große Weltmetropolen.

Außerdem sind wir das Land von Kaiser Barbarossa, das Land, das von den Saliern, den Kurfürsten, den Bischöfen von Mainz und nicht zuletzt von Gutenberg geprägt wurde. Wir haben den Trifels, die Burg Eltz, das Weltkulturerbe Mittelrheintal. Gutenberg und seine Druckkunst revolutionierten die Verbreitung der Informationen. Dies setzt sich heute im Zeitalter der Digitalisierung fort.

Wo sind die Museen, wo die Konzepte, die dieses kulturelle Erbe von Weltrang mehr ins Bewusstsein von Touristen bringen? Wo sind die Konzepte, die national und international auf unsere Kultur stärker aufmerksam machen?

Unser kulturelles Erbe, unsere zeitgenössische Kunst und Kultur sind beste Werbung für Rheinland-Pfalz. Um die Kreativität der Kulturschaffenden zu fördern, brauchen wir einen Ideenwettbewerb für die Zukunft von Kunst und Kultur in Rheinland-Pfalz.

Mit diesem Haushalt rückt die Landesregierung die Kulturförderung ein wenig aus dem finanziellen Schattendasein, in dem sie die vergangenen Jahre zubringen musste. Seit Jahren sind die Kulturausgaben weit hinter die anderen Bundesländer zurückgefallen. Dabei ist Kultur ein einigendes Band und trägt in besonderer Weise zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

3. Bildung und Hochschule

Anrede,

das Versprechen, das jeder durch Bildung aufsteigen kann, ist ein weiterer Pfeiler, auf denen eine demokratische Gesellschaft beruht. Chancengerechtigkeit, die Hoffnung auf Bildungserfolg und auf ein gutes Auskommen, sind elementar für den Zusammenhalt.

Wir alle wissen, dass Menschen, die nicht lesen, schreiben und rechnen können, in der heutigen Zeit noch viel weniger eine Chance haben, als noch vor 20 oder 30 Jahren. Denn wer nicht lesen, schreiben und rechnen kann, dem helfen auch keine Smartboards und Tablets.

Jüngste Studien (IQB, VERA3) zeigen: Immer mehr Grundschüler werden abgehängt. Je nach Studie können ein Viertel oder mehr eines Jahrgangs nicht richtig schreiben. Und sie begreifen nicht wirklich, was sie lesen. Das ist der eigentliche Skandal rheinland-pfälzischer Bildungspolitik!

Wer in der Grundschule nicht richtig lesen lernt, holt das bis zum Abschluss nur schwer auf. Welche Berufsausbildung können diese jungen Leute mit all den wachsenden Anforderungen, später erfolgreich durchlaufen?

Anrede,

die CDU-Fraktion setzt einen Schwerpunkt im Bereich Bildung. Wir sind für:

- **Sprachförderung in deutscher Sprache**
- **100prozentige Unterrichtsabdeckung** mit voll ausgebildeten Lehrern
- eine **Unterrichtsmethodik**, die an die Herausforderungen der Digitalisierung anpasst ist
- die intensive Förderung **hochbegabter Kinder**

Unser Rheinland-Pfalz-Plan: Ein **Bildungsplus von 32 Mio. EUR.**

4. Familie & Soziales

Anrede,

Familien sorgen für **Zusammenhalt** in unserem Land: Eltern erziehen ihre Kinder, kümmern sich um die Großelterngeneration, stehen als Trainer von Jugendmannschaften auf dem Platz oder leiten Kinderchöre und Gruppenstunden.

Wir können nicht dankbar genug sein für die großartige Arbeit, die Familien leisten, auch für das Zusammenleben im Dorf und in der Stadt! Für die CDU-Fraktion ist Familie keine zufällige Lebensgemeinschaft, sondern ein Wert an sich. Wir stehen zum **besonderen Schutz von Ehe und Familie.**

Anrede,

wir **vertrauen** den Eltern. Dieses Vertrauen bringen wir in diesem Haushalt zum Ausdruck:

- Wir entlasten **Eltern von der Grunderwerbssteuer**, damit sie in der Lage sind, für ihre Familien ein Eigenheim zu schaffen.
- Wir stärken **flexible Betreuungsmöglichkeiten** und unterstützen die betreuende Grundschule mit fast 2 Mio. Euro zusätzlich.
- Wir stärken das Engagement von Eltern, indem wir auch für **Elterninitiativen** Zuschüsse ermöglichen. Das betrifft Vernetzung, Bildungsaufwendungen oder schlicht Raummieten.
- Mit unserem Programm „**Starke Familien**“ helfen wir Familien punktgenau dort, wo sie Unterstützung brauchen: Tageseltern auf Abruf, Babysitter-Plattformen oder Betreuungsnetzwerke im Viertel, um nur einige Beispiele zu nennen.
- Wir schlagen für Kindertagesstätten, in Höhe von 12 Mio. Euro, ein **qualitätsorientiertes Ausbauprogramm** vor, damit unsere Kinder nicht nur „untergebracht“ sind, sondern auch gut betreut werden.

Solidarität ist uns wichtig:

- Wir wollen der besonders hilfsbedürftigen Gruppe taubblinder Menschen besser helfen und führen ein Taubblindengeld ein.
- Wir unterstützen Projekte für wohnungslose Frauen in Rheinland-Pfalz.
- Wir fordern mehr Geld für die Frauenhäuser im Land. Viele Einrichtungen sind am Limit. Deshalb brauchen wir eine weitere Anlaufstelle für Frauen und ihre Kinder im Norden des Landes.

5. Nachhaltigkeit, Klima und Umwelt

Anrede,

bei der letzten Regierungserklärung der Umweltministerin haben wir kritisiert, dass millionenschwere Programme nicht umgesetzt und Projekte nicht realisiert werden. Das zeigt Wirkung.

Es gibt nunmehr einen neuen **Sondertopf**: Sieben Millionen schwer – für den Wald in Rheinland-Pfalz. Doch die **Millionen gibt es nur für den Staatswald**, nicht für den kommunalen und auch nicht für den privaten Wald.

Frage:

Sind die Bäume dort weniger wertvoll?

Speichern sie vielleicht weniger CO₂?

Oder will der Landesforstbetrieb auf diesem Weg seine Bilanzen ausgleichen?

Fonds zur Bewältigung des Klimawandels

Es ist schwer abzusehen, wo infolge des Klimawandels mehr Hilfe gebraucht wird: Im Wald, in der Landwirtschaft, oder bei den Leuten zuhause, deren Keller nach Starkregen vollgelaufen sind.

In unserem Gegenentwurf zum Haushalt verzichten wir bewusst auf Kürzungen im Umweltbereich. Wir nutzen brachliegende Mittel und bündeln sie – im „**Fonds zur Bewältigung des Klimawandels**“. Ob bei extremer Hitze und Trockenheit oder nach Starkregen, so kann schnell und flexibel reagiert werden.

Die CDU-Fraktion sorgt vor – während die Landesregierung selbst nach diesem Jahr 2018, das wirklich die ganze Bandbreite von Starkregen bis zum Hitzesommer abdeckte, keinen Plan hat, wie sie künftig auf diese Phänomene reagieren soll.

Anrede,

Sie erinnern sich: Nach jahrelangem Drängen legte die Landesregierung in diesem Sommer endlich ein Soforthilfe-Programm für Betroffene der schweren Starkregen-Ereignisse auf. **3,5 Mio. EUR** sollten dafür bereitstehen. Was ist eigentlich daraus geworden?

Mit Stand vom 11. September 2018 wurden 65.750 EUR ausbezahlt. Neuere Zahlen haben Sie nicht veröffentlicht. Lassen Sie es seitdem vielleicht 100.000 oder 120.000 EUR geworden sein.

Frau Ministerpräsidentin, Herr Innenminister,

Sie haben ein Hilfsprogramm über **3,5 Mio. EUR** ins Leben gerufen und die Bedingungen so gefasst, dass davon **weniger als 5 %** bei den Menschen angekommen sind, die im tiefen Schlamm standen?

- Weil Fristen zu kurz bemessen waren.
- Weil die großen Schäden in dieser kurzen Zeit gar nicht beziffert werden konnten.
- Und weil sogar Bürgerhilfen in Abzug gebracht wurden.

Das ist weder bürgernah, noch sozial, noch gerecht! Haben Sie das gemeint, als Sie sagten „Wir lassen die Betroffenen in dieser schwierigen Situation nicht alleine“?⁴ Sie lassen die Opfer der schweren Unwetter im Stich!

6. Rechtstaat und Sicherheit

Innen

Ob es nun **mangelnde Vorsorge, Sorglosigkeit oder Gedankenlosigkeit** ist – fehlende Vorausplanung zieht sich wie ein roter Faden durch den Haushalt der Landesregierung. Auch bei der Inneren Sicherheit und der Polizei.

⁴ Pressemitteilung des Innenministeriums vom 13.06.2018

Nur in einem einzigen Bundesland gibt es noch weniger Polizisten als in Rheinland-Pfalz.⁵ **Herr Minister Lewentz, Sie haben die notwendige personelle Vorsorge schlichtweg verschlafen.** Die Unterbesetzung von Polizeiwachen ist insbesondere in den ländlichen Regionen unseres Landes ein großes Problem. Gleiches gilt für die Ausstattung.

Herr Minister, jüngst haben Sie mit großer Geste elektronisches Arbeitsmaterial für die Polizei präsentiert: Smartphones und Notebooks.⁶ Man stelle sich das vor: Ihre Ankündigung kommt im Jahr **2018**. Greifen wird sie erst in den kommenden Jahren. Bis dahin stehen Polizisten aber immer noch mit Stift und Block an der Unfallstelle.

Die CDU-Fraktion investiert konsequent in die Zukunft unserer Sicherheitsbehörden. Wir stellen mehr als 12 Mio. EUR mehr für eine moderne technische Ausstattung bereit:

- Für neue Waffen
- Für den dringend benötigten dritten Polizeihubschrauber
- Und für eine moderne Ausstattung unseres Verfassungsschutzes

Personell fordern wir mit unserem Rheinland-Pfalz-Plan eine zusätzliche Aufstockung der Polizei um weitere 100 Anwärter, so wie es auch die Polizeigewerkschaften fordern. Dafür stellen wir zusätzlich 6 Mio. EUR für die Polizeihochschule bereit. Diese Maßnahmen helfen der Polizei und den Bürgern, denn sie sorgen für Sicherheit vor Ort!

⁵ Zum Vergleich: Während in Bayern bei weniger Straftaten pro 100.000 Einwohner (2017: 4.868) ein Polizist auf 392 Einwohner kommt, gibt es in Rheinland-Pfalz bei mehr Straftaten (2017: 6191) einen Polizisten für 440 Einwohner.

Und an diesem Befund können auch die Rechenricks der Ministerpräsidentin nichts ändern, die uns alle hier in diesem Hause kürzlich mit ihrer ganz eigenen Statistik überrascht hat. Danach hätten wir in RLP sogar mehr Polizisten als Bayern gehabt. Kaum zu glauben. Die Auflösung ist ganz einfach:

Frau Dreyer vergleicht Äpfel mit Birnen.

Während die Bayern bei der Berechnung der Polizeidichte nur die „echten Polizeivollzugsbeamten“ berücksichtigen, rechnet die rheinland-pfälzische Landesregierung alle im Polizeibereich vorhandenen Stellen, also auch Zivilbedienstete mit ein, und gibt diese an das Statistische Bundesamt weiter. Da wird die Statistik natürlich schief.

⁶ Vgl. AZ, 28.1118

7. Ehrenamt

Ein ganz wichtiges Thema, das mir besonders am Herzen liegt, habe ich bis hierhin aufgehoben: **Das Ehrenamt**. Wo Bürgerinnen und Bürger Verantwortung füreinander übernehmen und sich in den vielfältigsten Bereichen engagieren. Erst das macht unsere Heimat lebenswert und hält unsere regionale Kultur lebendig.

Nehmen wir unsere **Feuerwehr**: Zum einen ist sie wichtige Säule der staatlichen Daseinsvorsorge mit ihrem Auftrag: **Retten, Bergen, Löschen, Schützen – und das ehrenamtlich!** Und sie ist Rückgrat eines jeden Dorfes. Sie schafft Angebote für die Jugend, organisiert Feste und Veranstaltungen, ist Ratgeber und Ankerpunkt.

Wichtig ist, welche Politik wir für unsere Wehren leisten. Wie sieht es mit der Materialbeschaffung aus? Unterstützt das Land unsere Feuerwehren ausreichend? Die Antwort lautet: Leider Nein. Eine landesweit gebündelte Beschaffung würde viele Kosten sparen und eine bessere Ausrüstung ermöglichen.

Deshalb haben wir ein Investitionsprogramm für unsere Wehren aufgelegt, das zusammengekommen 20 Mio. EUR stark ist. So sieht ein echter Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus von mehr als 60 Mio. EUR aus!

Sport

Anrede,

rund 1,4 Mio. Rheinland-Pfälzer sind in den mehr als 6000 Sportvereinen des Landes organisiert. Eine eindrucksvolle Zahl.

Wir wollen mehr Mittel als bisher in den Sport geben und die Vereine wieder mehr entscheiden lassen. Denn sie wissen eher, wo der Schuh drückt als das Ministerium. In die Jahre gekommene Hallen und Schwimmbäder drücken bei den Sportlern auf die Motivation und setzen das Vereinsleben auf's Spiel. Uns ist es wichtig, den Vereinssport in der Fläche zu erhalten. Deshalb geben wir mehr Mittel in Hallen, Plätze und Schwimmbäder.

Vereine brauchen ordentliche Sportstätten. Viel zu oft fehlen für Trainingszeiten die Räumlichkeiten. Dringend benötigte Schwimmkurse finden nicht statt – mit erheblichen Auswirkungen: 6 von 10 Kindern können nicht richtig schwimmen, wenn sie in die Schule kommen. Das ist lebensgefährlich, meine Damen und Herren!

Special Olympics

Ein besonderes Anliegen ist es mir, dass die Special Olympics unterstützt werden. Sie schaffen Selbstvertrauen, Anerkennung und Teilhabe der behinderten und beeinträchtigten Sportlerinnen und Sportler

Die erbrachten Leistungen der Athleten sind mehr als beeindruckend und der Geist dieser Spiele tut unserer gesamten Gesellschaft gut. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir hier die Mittel anheben.

Zusammenfassung zu Investitionen

Anrede,

ich darf zusammenfassen: in Rheinland-Pfalz wird seit Jahrzehnten zu wenig investiert.

- Auf Kosten der Straßen,
- (auf Kosten) der Schulen,
- (auf Kosten) der Wirtschaft,
- (auf Kosten) der Sicherheit,
- auf Kosten der Gesundheitsversorgung,
- der Kindergärten, der Innovation und des Ehrenamtes.

Im aktuellen Haushalt fehlen **829 Mio. EUR** an Investitionen, um nur **im Durchschnitt aller Bundesländer** zu liegen! Hier wollen wir umsteuern. Unser Rheinland-Pfalz-Plan sieht ein **Investitionsplus** von **über 450 Mio. EUR** in den beiden kommenden Jahren vor. Damit Rheinland-Pfalz besser vorbereitet ist, für die Herausforderungen, die auf uns alle zukommen.

Ansätze der AfD

Anrede,

natürlich wollen wir an einem Tag wie heute nicht ausblenden, wie sich die Fraktion der AfD zu diesem Haushalt positioniert. Die Deckblätter und Anträge der AfD-Fraktion sind von einer Handschrift, die viel über die Haltung dieser Partei verrät:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen:
Gestrichen.
- Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt:
Gestrichen.
- Schwangerenkonfliktberatung:
Gestrichen.
- Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund:
Halbiert.
- Zuschüsse für Projekte gegen antidemokratischen und gewaltbereiten Extremismus:
Gestrichen.
- Mittel für Kindergärten und Horte, auch für die Integration:
Gekürzt.
- Fördermittel für Jugendverbände und sozial engagierte Vereine, die sich kritisch mit der Partei der AfD, und übrigens auch mit jeder anderen Partei, auseinandersetzen, wie der Bund Naturschutz, die Jugend des DGB, Pfadfinderverbände – überall wird Unterstützung **gekürzt und gestrichen.**

Gleiches gilt für den Landesjugendring und die Landeszentrale für politische Bildung.

Herr Junge,

Sie und Ihre Fraktion sind

- Gegen starke Frauen
- Gegen die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen
- Gegen die moderne Familie
- Gegen Integration
- Gegen die Bekämpfung des Rechtsextremismus
- Sie sind auf dem rechten Auge blind.

Jeder, dem Sie etwas von „Alternative“ erzählen, soll das wissen. So etwas können und werden wir nicht unterstützen. Deshalb lehnen wir Ihre Anträge zum Haushalt ab.

Anrede,

etwa zwei Wochen ist her, ich saß im Wagen, ein schon dunkler Winternachmittag – wir hielten in Mainz an einer Ampel. Und da, vor mir: **Das helle, weichgezeichnete Plakat einer namenlosen Frau mit Kind**. Wenn man drauf schaut – fühlt man sich der Wirklichkeit auf merkwürdige Weise entrückt. Tiefenentspannt las ich sodann – oben rechts im Bild – **verschämt und in kleiner Schrift: „SPD Rheinland-Pfalz“** und etwas größer die Worte in der Mitte: **„Eine starke Bilanz. Weiter anpacken.“**

Frau Dreyer,

diese Worte sind eine knallharte Drohung! Weiter anpacken? - Bitte nicht!

Wenn Sie weiter so anpacken wie bisher,

- dann wird es so schnell nichts mit der neuen **Schiersteiner Brücke**,
- dann gibt es keine **Konzepte für ausreichende Betreuung und Pflege**,
- für die Sicherung der **ärztlichen Versorgung** auf dem Land,
- dann haben **kleine Grundschulen** genauso wie **Berufsschulen** eben keine gute Zukunft, genauso wenig wie unsere **Kitas**,
- dann bleibt es bei zu wenig **Erzieherinnen und Lehrern**,
- dann werden die **Kommunen niemals entschuldet**,
- bleibt die **Verkehrsinfrastruktur massiv unterfinanziert**,

- hinkt das Land beim **Breitbandausbau** hinterher,
- hat Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern mit **die geringste Polizeidichte**.

Frau Dreyer,

weiter so anpacken? Bitte nicht!

Liebe SPD Rheinland-Pfalz – habt ihr es denn so nötig, dass ihr seit **November Wahlkampf** führen müsst? Habt ihr **solche Angst vor der Kommunal- und Europawahl**, dass ihr schon jetzt das Land mit **Werbekampagnen** überzieht?

Zitat der Ministerpräsidentin:

„Mein Motto lautet: Heute an morgen denken“. (Die Welt, 26.11.2018)

Sehr geehrte Frau Dreyer,

dank Ihrer Plakatkampagne weiß ich endlich, was Sie damit meinen! Sie sorgen sich nicht um die Menschen, **sondern um sich selbst**. Sie sorgen sich nicht um die Zukunft von Rheinland-Pfalz, **sondern um die eigene Zukunft**. **Ihre Regierung handelt anders, als sie redet! Und Sie reden anders, als Sie handeln!**

Anrede,

immer wieder wird im Moment öffentlich gefragt: Was hält eigentlich unseren Staat, unsere Gesellschaft noch zusammen? Was stiftet **Gemeinsamkeit**? Ich bin davon überzeugt, eine der wichtigsten Antworten auf diese Frage lautet: **Eine gute, eine bürgernahe Kommunalpolitik!**

Mit Gemeinderäten, Stadträten, Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten, so vielen Frauen und Männern, die sich im Haupt- oder Ehrenamt, in Gremien, Vereinen, Verbänden für Andere, engagieren.

Ein starkes Land braucht starke Kommunen! Umso verwerflicher ist es, dass SPD-geführte Landesregierungen seit Jahren immer wieder **den Ausverkauf kommunaler Interessen** betreibt!

Und die CDU-Fraktion wird nicht müde, darauf hinzuweisen: **Sieben von zehn der am höchsten verschuldeten Kommunen** in Deutschland, kommen aus Rheinland-Pfalz. Alleine die Stadt **Kaiserslautern hat Kassenschulden von fast einer dreiviertel Milliarde EUR. Das ist mehr als das zehnfache aller Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg zusammen.**

Die Gesamtschulden der Kommunen in Rheinland-Pfalz belaufen sich – nach eigenen Angaben der Landesregierung – auf rund **6,4 Mrd. Euro!** Nur in einem anderen Bundesland stehen die Kommunen finanziell noch schlechter da – im Saarland. Doch anders als bei uns, geht die Landesregierung des Saarlandes die Entschuldung der Kommunen mit einem Sonderprogramm, der Saarlandkasse, an. In Rheinland-Pfalz bleibt der **Notstand Normalität.**

Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

wie können Sie sich damit zufriedengeben?

„Weiter so anpacken“? Nein, bitte nicht!

Es reicht nicht, die Vergangenheit zu verwalten!

- Statten Sie die Städte und Gemeinden so aus, dass sie ihre Aufgaben erledigen können!
- Gehen Sie die erdrückenden Kassenschulden an, solange es die Zinslage noch hergibt!
- Und erfüllen Sie ihre gesetzlichen Pflichten! Sie sprechen in Ihrem Haushaltsentwurf von einem Schwerpunkt bei Schulbauten. Die Wahrheit ist, dass für bereits genehmigte Schulsanierungen **über 80. Mio. EUR Förderung immer noch nicht an die Kommunen ausbezahlt wurden. Das geht zurück bis ins Jahr 2009. Das ist inakzeptabel!**

KVR

Lassen Sie mich ganz aktuell drei Sätze zur **kommunalen Verwaltungsreform** sagen:

Ja, wir müssen unsere Kommunen und Verwaltungsstrukturen zukunftsfest machen. Vieles hat sich hier grundlegend verändert und gehört auf den Prüfstand. Landesregierung und Fraktionen haben deshalb gemeinsam vor drei Jahren dazu ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Unsere Anliegen waren damals und bis heute:

- Keine Zwangsfusionen
- Ortsgemeinden erhalten
- Bürgernähe wahren
- mehr interkommunale Zusammenarbeit,
- gemeinsam besser auf die Herausforderungen von Digitalisierung und demographischem Wandel reagieren.

Das ist ein schwieriger Prozess, den das Innenministerium künftig besser steuern muss und dabei die regionalen Identitäten, das Heimatgefühl, nicht außer Acht lassen darf. Wir wollen uns hier eng mit Ihnen, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, und den Kommunen austauschen, in einem vertrauensvollen und jederzeit transparenten Dialog, unter Einbeziehung der Kommunalen Spitzenverbände.

2. Entlasten

Anrede,

ich komme zu Punkt 2 unseres Rheinland-Pfalz-Plans: **Entlastung**. Rheinland-Pfalz hat zum ersten Mal wieder einen ausgeglichenen Haushalt. Das ist ein Wendepunkt und es ist der Verdienst der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in unserem Land. Deshalb ist es nur richtig, dass diejenigen, die diesen Erfolg erwirtschaftet haben, auch etwas zurückbekommen. **Dafür stehen meine Fraktion und ich**. Sinnvoll ist eine Entlastung für uns dann, wenn sie über eine reine Ersparnis hinaus, einen Mehrwert schafft.

Deshalb schlagen wir vor

- die Straßenausbaubeiträge für Anlieger **abzuschaffen**
- und sich für ein neues Modell bei der Grunderwerbsteuer stark zu machen.

1. Straßenausbaubeiträge

Straßenausbaubeiträge verunsichern viele Rheinland-Pfälzer. Oft geht es für die Betroffenen um hohe Beträge von mehreren tausend Euro. Für Familien, die ihre Schulden für den Haus- oder Wohnungskauf noch nicht bezahlt haben, besonders aber für ältere Menschen, stellt dies eine erhebliche Härte dar.

Wissen Sie, was das für eine ältere, alleinstehende Frau bedeuten kann, wenn sie mehrere tausend Euro ungeplant bezahlen muss? Können Sie sich vorstellen, in welche Notlage sie gerät, wenn die Bank ihr aufgrund ihres Alters den Kredit dafür verweigert? Wenn Sie sich das vor Augen führen, können Sie zu keinem anderen Ergebnis kommen: **Die Straßenausbaubeiträge müssen weg!**

- Familien mit Kindern und ältere, oft alleinstehende Menschen mit niedrigen Renten werden entlastet. Das ist sozial gerecht.
- Durch die Übernahme des Anteils durch das Land vermeiden wir für Betroffene teure Gerichtsverfahren.
- Wir vermeiden die Belastung des Verhältnisses zwischen Bürgern und „ihrer“ Verwaltung.
- Wir entbürokratisieren durch einen geringeren Verwaltungsaufwand.

Wir wollen mit unserem Rheinland-Pfalz-Plan den **bisherigen Bürgeranteil der Straßenausbaukosten aus dem Landeshaushalt aufbringen**. Natürlich behalten die Städte und Gemeinden – wie bisher – die umfassende Planungs- und Entscheidungshoheit über den Ausbau. Sie entscheiden wie bisher über

- Notwendigkeit
- Zeitpunkt
- Planung
- und die Kosten.

Anrede,

die Abschaffung der Beiträge ist ein vernünftiger und längst überfälliger Schritt. Auch die FDP in Rheinland-Pfalz sieht das so, hat sie das doch in einem klaren Parteitagsbeschluss zum Ausdruck gebracht. **Höchste Zeit, auch im Parlament nachzuziehen!** Und wo wir gerade über Parteitage sprechen: Am Wochenende gab es auf dem Parteitag der Grünen eine interessante Analyse zu den Koalitionspartnern: Ich darf den Fraktionsvorsitzenden-Kollegen der Grünen zitieren:

„Die Sozialdemokraten haben keine Ahnung von Umweltpolitik, die FDP will keine Ahnung davon haben.“

Herr Kollege Braun,

ich hätte ja nicht gedacht, dass ich Ihnen in einer Haushaltsrede mal ausdrücklich zustimmen kann.

Lieber Herr Baun,

nur weiter so! Bitte gern!

Grunderwerbsteuer

Anrede,

Wohnen ist eines **der ganz großen** Themen. Und darauf zielt unser zweiter Entlastungsvorschlag im Rheinland-Pfalz-Plan, denn Wohnen ist teuer geworden. Vieles hat die Preise in die Höhe getrieben:

- höhere Arbeitskosten,
- die steigende Nachfrage,
- höhere rechtliche Anforderungen,
- steigende Grundstückskosten
- **und die Grunderwerbsteuer**

Sie haben den Steuersatz in Rheinland-Pfalz 2011 von 3,5% auf 5% erhöht. Das stellt sich zunehmend als ein Hindernis dar, wenn jemand Wohneigentum erwerben und selbst nutzen möchte. Für viele eine wichtige Säule der Vorsorge für das Alter.

Wir setzen uns für eine Bundesratsinitiative ein. Wir wollen erreichen, dass künftig ein steuerlicher **Freibetrag von 500.000 Euro** beim Ersterwerb einer selbstgenutzten Wohnimmobilie gewährt wird. Das hilft **konkret** Familien, erleichtert die Finanzierung durch mehr Eigenkapital und entspannt die Lage auf dem Wohnungsmarkt.

3. Entschulden

Anrede,

Investieren. Entlasten. **Drittens in unserem Rheinland-Pfalz-Plan: Entschulden.**

1. Schuldenabbau

Der Schuldenberg des Landes Rheinland-Pfalz beläuft sich auf rund 32 Milliarden EUR. Mit einem Haushalt ohne neue Schulden, ist das Land erstmalig an dem Punkt angekommen, der für fast alle vier Millionen Rheinland-Pfälzer selbstverständlich ist: Das Land gibt nur so viel aus, wie es einnimmt.

Um diesen vermeintlichen Erfolg ins rechte Licht zu rücken: **Schon 2017 haben 13 der 16 Bundesländer Überschüsse in ihren Landeshaushalten erzielt.** Die Landesregierung in Rheinland-Pfalz feiert sich Ende 2018 dafür, dass wir nicht Letzter geworden sind. Im neuen Doppelhaushalt will die Landesregierung jetzt 340 Mio. EUR an Schulden zurückführen. Frau Ahnen, herzlichen Glückwunsch!

Zu 200 Jahren, solange dauert es nämlich, bis Rheinland-Pfalz schuldenfrei wäre, wenn wir in dem Tempo, das Sie vorlegen, den Schuldenabbau angehen. 200 Jahre, in denen weiter Zinsen gezahlt werden. 200 Jahre, in denen wir die Belastungen an die nächsten Generationen weitergeben.⁷ Da kann man nicht einmal von Schnecken tempo reden.

⁷ Alleine 2019 und 2020 belaufen sich die Zinsausgaben auf **630 und 650 Millionen Euro.**

Unser Plan für Rheinland-Pfalz: Wir steigern die Geschwindigkeit des Schuldenabbaus deutlich. Wir zahlen innerhalb der nächsten zwei Jahre **175 Mio. EUR mehr an Schulden zurück**, als die Landesregierung dies vorhat. Der Abbau von Schulden ist die beste finanzielle Vorsorge, die wir leisten können.

2. Abbau von Bürokratie

Anrede,

ein weiterer Beitrag, den wir leisten, ist der Abbau unnötiger Bürokratie.

Integrationsministerium

Wir wollen das Integrationsministerium abschaffen. Dafür gibt es gute Gründe: Das Ministerium hat kaum noch eigene Kompetenzen. Die Kindertagesstätten sind ins Bildungsministerium gewandert und im Haushaltsvollzug gibt es kaum mehr eigene Spielräume.

Unterhaltsvorschuss oder die Pauschalen für die Kommunen zur Unterbringung von Asylsuchenden sind nur zwei Beispiele für durchlaufende Posten ohne eigene Gestaltung. **Ja, es ist richtig.** Integration ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Doch ist ein Ministerium hier wirklich das geeignete Instrument? Alleine ein Blick auf die Ausschussberatungen der vergangenen Jahre zeigt, wo das Problem liegt:

Angesichts steigender Zinsen und eines schlechten Zins-Managements müssen diese Zahle Sorge bereiten.

Der Landesrechnungshof sagt dazu:

„Die Zinsausgaben des Landes je Einwohner waren 2016 vergleichsweise hoch. Sie lagen um mehr als 45 % über dem Durchschnittswert sowohl aller anderen Flächenländer (138 € je Einwohner) als auch der anderen westlichen Flächenländer (139 € je Einwohner)“⁷

Um die kommenden Generationen nicht noch stärker zu belasten, setzen wir weiter konsequent auf Schuldenabbau.

Egal um welches integrationspolitische Thema es sich auch handelt, nie spricht ein Vertreter des Integrationsministeriums, sondern stets ein Abteilungsleiter aus dem Innenministerium, ein Referatsleiter aus dem Bildungsministerium oder ein Vertreter des Sozialministeriums.

Im Falle der muslimischen Verbände kommt dann gerne auch einmal ein Vertreter der Staatskanzlei. Das zeigt: In den Kernbereichen der Integration „**spiegelt**“ sich gar keine Kompetenz des Integrationsministeriums wieder. Entschieden wird im Bildungsministerium, im Sozialministerium, im Innenministerium. Im Integrationsministerium werden nur noch Weisungen an Kommunen erteilt, die im Übrigen auch noch rechtswidrig sind.

Die Debatte um Abschiebungen, Integrationskurse und Altersfeststellungen zeigt, die Landesregierung lässt die Kommunen im Stich. Das Urteil aus den Städten und Kreisen ist eindeutig: „**Die Koordination ist hier unzureichend.**“

Einen Mehrwert sehen weder die freien Träger noch die Kommunen.

Deshalb: **Abschaffen.**

Weitere Maßnahmen zum Bürokratieabbau:

- Der wohlklingende Name des Bürgerbüros in der Staatskanzlei steht nicht in erster Linie für Bürgernähe, sondern für eine Doppelstruktur mit der wichtigen Rolle des Bürgerbeauftragten. Diese Doppelstruktur: Abschaffen.
- Den absurden Aufwuchs im Werbebudget der Staatskanzlei, über 1,1 Mio. EUR: Streichen!
- Und wir erinnern die Landesregierung an ihr Versprechen, 2.000 Stellen in der Regierung zu reduzieren. Deshalb: Personal abbauen, mehr **als 2 Mio. EUR einsparen!**

3. Haushaltswahrheit

Und: Lassen Sie uns an dieser Stelle noch über einen ganz anderen Ansatz reden.

Frau Ministerin Ahnen,

- Wie hoch sind die Haushaltsansätze, die nie abgerufen werden?
- Wie hoch die Ausgabereste, die sie jeweils in die folgenden Haushaltsjahre übertragen?
- Was ist mit den gewaltigen Rückstellungen wie der sog. „Globalen Mehrausgabe für Personal“?

Es geht hier um hohe dreistellige Millionen-Summen, alleine im letzten Jahr **318 Mio. EUR**.

Gleichzeitig sollen im kommenden Haushalt insgesamt **828 Millionen EUR** neu eingestellt werden. **Eine ungeheure Zahl!**

Um diese Summe zu schützen, Frau Ahnen, halten Sie vor ihren Genossen einen großen Tresor im Keller des Finanzministeriums versteckt – Haushaltsansätze, die nie abgerufen oder gebraucht wurden. Was hat das noch mit dem Gebot der **Haushaltswahrheit** zu tun?

Wir sind der Meinung: Es gehört nur das Geld in einen Personaltopf, was wirklich gebraucht wird. Für die kommenden beiden Jahre sind das 200 Mio. EUR. Damit werden endlich die notwendigen Gehaltserhöhungen der Beamtinnen und Beamten finanziert.

Ein Haushalt muss Vorsorge schaffen und Risiken abfedern, aber er soll auch Einnahmen und Ausgaben in ein realistisches und verlässliches Verhältnis bringen. **Das setzen wir konsequent um.** Am Ende unseres Haushaltsentwurfs steht eine Zahl: **Wir senken die Ausgaben des Landes um fast eine Milliarde Euro.**

III. Schluss

Anrede,

wir alle hier gestalten und entscheiden mit diesem Haushalt auch für **das Rheinland-Pfalz von Morgen**. Der **Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft** liegt ganz wesentlich in der **Balance zwischen Stadt und Land**, im Zusammenspiel, in der Vernetzung unserer verschiedenen Regionen und Kulturräume.

Heimat – das ist nicht zuletzt ein gutes Lebensgefühl und von zentraler Bedeutung für unsere **Demokratie**:

- Wenn auf dem Land junge Familien genauso wie ältere Leute mobil sind und Anbindung haben, an Läden, Ärzte, Kultur.
- Wenn Kinder Schwimmkurse besuchen können.
- Wenn genug Polizei da ist, um auch im Dunkeln ohne Angst durch jede Straße in einem Bahnhofsviertel zu gehen.
- Wenn die Schule im Dorf bleibt.
- Wenn die Menschen dort **gut leben, arbeiten und bleiben** können, wo ihre Heimat ist und das Gefühl haben, der Staat interessiert sich für sie.

Anrede,

schaffen wir **Verbindendes**, bauen **Spannungen** ab und sichern den **Zusammenhalt** in unserer Gesellschaft. Das ist für die CDU-Fraktion eine **gute Heimatpolitik**. Unser Weg dorthin: **Stärken. Entlasten. Entschuldern**. Das ist **eine** Politik, mit der Rheinland-Pfalz **die Zukunft gewinnen kann!**